



In Muttenz geht das Salz zur Neige. Jetzt wollen die Salinen woanders Vorkommen ausbeuten.

Bild: Juri Junkov (17. Juli 2020)

Dringend gesucht: Weisses Gold

Nach dem Wegfall der Muttenzer Rütihard brauchen die Salinen rasch Ersatz – und setzen jetzt auf Frenkendorf.

Benjamin Wieland

Der Schweiz droht das Salz auszugehen, das eigene Salz. Die Zeit drängt: Die Schweizer Salinen brauchen Ersatz für das gescheiterte Projekt unter der Muttenzer Rütihard. Die Versorgungslücke entsteht spätestens ab 2025 – in der Zeitrechnung der Salzförderung ist das bereits morgen. Das Unternehmen ist unter Hochdruck daran, Alternativen zu finden. Bislang standen im Baselbiet mögliche Abbaugebiete in Liestal und in Arisdorf im Fokus. Doch die Salinen haben jetzt ihr Augenmerk auf eine weitere Gemeinde geworfen: Frenkendorf.

Der Gemeinderat hat den Salinen die Erlaubnis erteilt, seismische Messungen durchzuführen. Dabei werden Vibrationen erzeugt. Sensoren zeichnen die Wellen auf. Die Art, wie die Wellen zurückgeworfen werden, lassen Rückschlüsse zu, wo

sich Salzvorkommen befinden, und ob sich der Abbau lohnt.

Mitarbeiter spüren mit Vibrationen Salz auf

Dass es unter Frenkendorf Salz gibt, ist bekannt. Die grössten Flösse dürften im Talkessel und somit unter Siedlungsgebiet liegen. Hier wäre ein Abbau wohl zu aufwendig und zu risikoreich. Darum konzentrieren sich die Salinen derzeit auf unbebaute Hänge im Süden der Gemeinde, rund um das Gebiet Rütli.

«Die Mitarbeiter der Salinen sind mit einem Messfahrzeug samt Vibrationsplatte unterwegs», sagt Frenkendorfs Gemeindeverwalter Thomas Schaub. «Die Platte wird nach gewissen Abständen abgelegt und aktiviert. Je nach dem, wie die Wellen zurückgeworfen werden, ergibt sich ein anderes Bild des Untergrunds.»

Für die Salinen ist es auch deshalb eminent wichtig, neue

4,5

Millionen Tonnen Salz fehlen den Salinen ab 2025 ohne die Rütihard.

Abbaugebiete zu finden, weil ihre Konzession mit dem Kanton Baselland 2025 ausläuft. Im verlängerten Vertrag sollten alle neuen Gebiete umrissen sein.

Die Bedingungen für eine Weiterführung definiert der Konzessionsvertrag von 1963 selbst, via Paragraf zwölf: «Der Kanton wird fünf Jahre vor dem ordentlichen Ablauf der Konzession an die Saline die Anfrage richten, ob sie sich die Konzession verlängern lassen wolle.» Die Salinen haben danach sechs Monate Zeit, die Anfrage zu beantworten. Bei einem Ja nimmt der Kanton Verhandlungen auf.

Zuständig für das Geschäft ist die Volkswirtschafts- und Ge-

sundheitsdirektion. Ihr Vorsteher Regierungsrat Anton Lauber informierte den Landrat am 25. Juni über den Stand der Gespräche. Es seien insbesondere noch «finanzielle Eckwerte» zu klären, sagte Lauber. Der Abschluss der Arbeiten sei Ende 2020, die Vorlage an den Landrat im 1. Quartal 2021 zu erwarten. Lauber fügte an, die Salinen seien daran interessiert, den Beschluss über die Konzessionsverlängerung «nicht weiter hinauszuschieben» – sie bräuchten Planungssicherheit.

Muttenzer Vorkommen neigen sich dem Ende zu

Die Salinen mit Sitz in Pratteln-Schweizerhalle gehören allen 26 Kantonen und Liechtenstein. Die AG besitzt in der Schweiz das Salzmonopol. Sie schreiben, bis Ende 2020 würden «alternative Szenarien» ausgearbeitet, um die Versorgung zu gewährleisten, auch

wenn ab 2025 die bereits eingepflanzten 4,5 Millionen Tonnen Rütihard-Salz fehlen würden.

Die Abbaufelder im Baselbiet liegen in Muttenz. Doch die Gebiete Zinggibrunn, Grosszinggibrunn, Ättigraben und Sulz dürften bis 2025 erschöpft sein. Die Abbaupläne für die Rütihard scheiterten am Widerstand der betroffenen Landwirte und von Naturschützern. Am 30. Juni gaben die Salinen bekannt, das Vorhaben zwanzig Jahre zu schieben. Mit dem Kanton Aargau – auch im Fricktal wird Sole abgebaut – verhandeln die Salinen ebenfalls über die Konzession und neue Abbaugebiete.

Roger Gradl, Frenkendorfer Gemeindepräsident, sagt, er rechne nicht mit grosser Opposition in der Bevölkerung gegen die mögliche Soleförderung. «Aber Erfahrungswerte haben wir keine: Dass man in Frenkendorf je Salz abgebaut hätte, wäre zumindest mir neu.»

Kurden-Demo in Basler Innenstadt

Umzug In der Innenstadt haben am Samstagnachmittag rund 200 Personen friedlich gegen den vor fünf Jahren verübten IS-Anschlag auf die türkische Stadt Suruc demonstriert. Die Demonstrantinnen und Demonstranten, darunter viele Kurden, aber auch Schweizer, sammelten sich um 16.30 Uhr auf dem Barfüsserplatz. Anfänglich waren es rund 60 Teilnehmende gewesen. Der Demonstrationzug bewegte sich zum Marktplatz, wo sich eine zweite Gruppe mit rund 140 Personen zur Demonstration gesellte. Die rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer liefen schliesslich via Mittlere Brücke zur Clara-matte, wo die friedliche Kundgebung um ungefähr 17.30 Uhr endete.

Auf dem BVB-Netz kam es wegen der Demonstration kurzzeitig zu einigen Verspätungen. In der türkischen Stadt Suruc an der Grenze zu Syrien, in der mehrheitlich Kurden wohnen, sind am 20. Juli 2015 bei einem IS-Terroranschlag 33 Menschen getötet worden, 100 Personen wurden verletzt. Kurz darauf startete die türkische Armee eine Doppeloffensive gegen die IS-Miliz sowie die PKK. (sda)

Zwei Schweizer mit 245 Sachen geblitzt

Bad Bellingen Die Polizei hat zwei Autofahrer gestoppt, die sich auf der deutschen A5 ein illegales Rennen geliefert haben sollen. Die 31-jährigen Schweizer führen dicht hintereinander in Richtung Karlsruhe, wie die Polizei mitteilt. Erwischt wurden sie bei Bad Bellingen, 25 Kilometer nördlich von Basel. Dort fuhr sie mit 245 Kilometern pro Stunde an einer mobilen Radarkontrolle vorbei. Erlaubt ist dort Tempo 120. Die Polizei nahm den Männern am Samstagmorgen die Führerscheine ab. Zudem wurde ihnen die Weiterfahrt in Deutschland untersagt. Auf die Raser kommt nun ein Strafverfahren zu. (dpa)

Ohne Hilfsorganisationen kommen nicht alle an Masken

Die Basler Sozialhilfebezüger kriegen jetzt ihre Mehrausgaben kompensiert. Denn Gratis-Masken vom Bund gibt's nicht so bald.

Um die 70 Rappen kostet eine Schutzmaske, und man sollte sie nach jedem Gebrauch wechseln. Für manche ist das zu teuer, um damit mehrmals täglich den öffentlichen Verkehr zu benutzen. «Die Leute sind echt am Anschlag», sagt Gabi Huber, Co-Leiterin des Vereins Phari, der im Unterbaselbiet Lebensmittel und Kleider an Bedürftige abgibt. Sich Masken zu beschaffen, sei für Armutsbetroffene eine riesige Belastung, stellt Huber im Kontakt mit den Hilfesuchenden immer wieder fest. Für sie ist klar: «Der Bund müsste Masken abgeben, wir brauchen Tausende davon.»

Doch das wird nicht so bald geschehen. Zwar hortet der Bund um die 200 Millionen Stück. Nur darf er sie derzeit nicht gratis an die Kantone oder

Hilfsorganisationen abgeben, wie am Donnerstag Radio SRF berichtete. Es braucht dafür eine Gesetzesänderung, die im Herbst ins eidgenössische Parlament kommt. Bis der Bund die Masken abgeben kann, dürfte es also bis mindestens Ende Jahr gehen. Um diese Lücke zu überbrücken, kriegt in Basel jeder Sozialhilfebezüger ab sofort maximal 40 Franken pro Monat für Masken rückerstattet. Auch im Baselbiet haben einige Gemeinden begonnen, Sozialhilfebezüger für den Kauf etwas mehr zu geben, etwa einen Franken pro Tag und Haushaltsmitglied.

Allerdings werden so nicht alle Hilfsbedürftigen entlastet, wie Huber sagt: «Wer keine Sozialhilfe bezieht, fällt durchs Raster.» Das treffe insbesondere auf Working Poor zu. Sie

«Der Bund müsste Masken abgeben, wir brauchen Tausende davon.»

Gabi Huber
Co-Leiterin Verein Phari

nennt das Beispiel einer alleinerziehenden Frau, die drei Jobs hat, um keine Sozialhilfe zu beziehen. «Genau solche Leute sind auf den öffentlichen Verkehr und daher auf Masken angewiesen.» Es gehe nicht ein-

fach nur um die Freizeit, sondern um die Existenz vieler Menschen.

Damit möglichst viele gratis eine Maske erhalten, werden verschiedene Organisationen weiterhin selber Masken abgeben. So zum Beispiel die Mahlzeitenabgabestelle Soup & Chill im Basler Gundeldingerquartier. Dort erhält jeder eine Maske, der danach fragt, egal, ob er arbeitet, Sozialhilfe, Nothilfe oder gar nichts vom Staat erhält.

«Wir tun das niederschwellig», sagt Vorstandspräsidentin Claudia Adrario de Roche. «Niemand wird gefragt, warum er selber keine kaufen kann.» Basler Sozialhilfebezüger müssen auf dem Amt den Kaufbeleg zeigen, erst dann kriegen sie die Mehrkosten für Masken zurück. Da ist es fraglich, wie viele tat-

sächlich so vorgehen werden. Adrario hätte es bevorzugt, wenn niederschwellige Organisationen wie die ihre vom Kanton Pauschalbeiträge oder Maskenkontingente erhalten hätten. «So könnte man die Zielgruppen besser und vor allem einfacher erreichen und müsste dafür nicht einen neuen Verwaltungsaufwand schaffen.»

Caritas erhielt 100 000 Masken geschenkt

In den Läden von Caritas beider Basel haben die Kunden vor der Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr kaum selber nach Masken verlangt, sagt Geschäftsführer Domenico Sposato. Jetzt kriegt man pauschal eine bei jedem Einkauf. «Viele Menschen sind nicht immer in der Lage, das auszudrücken, was sie wirk-

lich brauchen», sagt Sposato. Dass viele die Masken nötig hätten, habe man anhand von Hinweisen eruieren können, etwa wenn man in ihre Budgets hineinsehe.

Caritas ist in der günstigen Situation, zurzeit schweizweit etwa 100 000 Masken, die von Firmen gespendet wurden, verteilen zu können. «Das ist der Vorteil, wenn man einen Namen wie den unsrigen hat», sagt Sposato. Dieses Glück haben nicht alle. Man habe verschiedene Stellen angefragt, sagt Huber vom Verein Phari, etwa die Migros und Apotheken. Aber es hiess jedes Mal, man müsse die Ware zum normalen Verkaufspreis erwerben. Jetzt hofft der Verein auf Spenden.

Michel Ecklin